



DR. SVEN TODE

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
SPD-Fraktion

Abgeordnetenbüro:
Ifflandstraße 85
22087 Hamburg
Tel.: (040) 61 19 83 12
Fax: (040) 61 19 83 13
E-Mail: kontakt@Sven-Tode.de

Hamburg, 16.12.2011

PRESSE – MITTEILUNG

Stadtteilschule Barmbek-Süd und Grundschule Auf der Uhlenhorst – Die Bedürfnisse aller Kinder müssen berücksichtigt werden

SPD wirbt für fairen Interessenausgleich zwischen Grund- und Stadtteilschule

Nach den Plänen der Schulbehörde soll im kommenden August in der Humboldtstraße 89 in Barmbek-Süd eine neue Stadtteilschule starten, zunächst als Dependance der renommierten Heinrich-Hertz-Schule. Gestern hat die Bezirksversammlung Nord dem mit großer Mehrheit zugestimmt. Die SPD begrüßt diese Pläne, denn für die Eltern und Kinder im großen Gebiet Barmbek-Süd, Uhlenhorst und Hohenfelde gibt es bisher kein solches Schulangebot. Deshalb müssen zur Zeit über 600 Schülerinnen und Schüler auf Schulen in anderen Stadtteilen ausweichen und dabei oft lange Schulwege in Kauf nehmen.

Das Schulgebäude in der Humboldtstraße 89 wird zur Zeit von der Schule Auf der Uhlenhorst mit genutzt, die ihren Sitz am Winterhuder Weg hat. Die Schule war bis vor zwei Jahren eine Grund-, Haupt- und Realschule, und ist seit dem eine reine Grundschule mit Vorschulklassen. Im Gebäude Humboldtstraße 89 wurden bisher die weiterführenden H/R-Jahrgänge 5 bis 10 unterrichtet, die letzten Klassen laufen noch aus. Nun möchte die Schule gerne beide Standorte für ihre Grundschulklassen weiter nutzen, die Klassen 1 und 2 am Winterhuder Weg, die Klassen 3 und 4 in der Humboldtstraße. Die Leitung der Schule und ein Teil der Elternschaft (nicht der Elternrat) setzen sich daher vehement gegen die Einrichtung der neuen Stadtteilschule ein möchten den Standort Humboldtstraße 89 weiterhin allein für die Grundschule behalten.

Angesichts der Proteste appelliert der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete für den Wahlkreis Barmbek, Dulsberg, Uhlenhorst und Hohenfelde **Dr. Sven Tode** jedoch für Fairness und Verständnis für die berechtigten Interessen auch der etwas älteren Kinder: „Ich kann verstehen, dass es schwerfällt, sich von lieb gewordenen Besitzständen zu lösen. Natürlich ist das jetzige Raumangebot der Grundschule mit zwei kompletten Schulgebäuden außerordentlich luxuriös. Aber es wäre nicht gerecht, diese privilegierte Überversorgung aufrechtzuerhalten, wenn für andere Kinder schon der minimale Platz fehlt. Deshalb bitte ich um Verständnis dafür, dass wir einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Schüler- und Elterngruppen brauchen.“

Sven Tode weist außerdem darauf hin, dass das Schulgebäude in der Humboldtstraße auch bisher immer für eine weiterführende Schule vorgesehen war und auch entsprechend mit Fachräumen ausgerüstet ist.

Der Bedarf nach einer Stadtteilschule in Barmbek-Süd ist völlig unumstritten. Bis gestern galt das auch für die CDU, deren Kommunalpolitiker im Bildungsausschuss der Bezirksversammlung noch vor wenigen Tagen zusammen mit SPD, FDP und Linken für die Pläne gestimmt haben. Deshalb hat **Sven Tode** auch kein Verständnis dafür, wenn der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Voet van Vormizeele die Stadtteilschule jetzt plötzlich als „sozialdemokratisches Prestigeprojekt“ verunglimpft und dabei in seinem Statement sogar falsche Angaben zur zukünftigen Zügigkeit der Grundschule macht: „Das ist wirklich blanker Opportunismus. Und es ist ignorant gegenüber den vielen Familien, die ihre Kinder nicht auf ein Gymnasium schicken können oder wollen, sondern auf die Stadtteilschule angewiesen sind. Diese Familien wissen nun, dass sie von der CDU keine Rücksicht zu erwarten haben.“

Auch über die kompromisslose Interessenpolitik der Leitung der Grundschule ist **Tode** irritiert: „Hier wird der Eindruck erweckt, als gäbe es bald nicht mehr genug Plätze für die Grundschüler im Stadtteil. Aber dem ist natürlich nicht so: Die Schule Auf der Uhlenhorst wird lediglich um einen Zug von vier auf drei Züge verkleinert, und damit wieder auf den Stand gebracht, den sie bis zum letzten Jahr seit langem hatte. Und im Ausgleich wird genau dieser eine Zug an der direkt benachbarten Grundschule in der Humboldtstraße 30 zusätzlich eingerichtet, inklusive Vorschul- und Hortkapazitäten. Insgesamt ist selbstverständlich auch in Zukunft genug Platz für alle Grundschüler vorhanden, und zwar nah vor Ort.“

Unvermeidlich ist, dass an allen beteiligten Schulstandorten Um- und Zusatzbauten vorgenommen werden müssen. Aber das gilt in den kommenden Jahren für die meisten Hamburger Schulen, denn allein die Verkleinerung der Klassen, die Einführung moderner Unterrichtsformen und der Ausbau der Ganztagsbetreuung erfordern fast überall zusätzliche Raumkapazitäten. „Solche Baumaßnahmen bringen natürlich immer Unannehmlichkeiten mit sich“, räumt **Tode** ein: „Doch das ist nur vorübergehend, und danach sind die Lernbedingungen für alle Kinder umso besser.“

Aber der legitime Wunsch, selbst von Umbauten verschont zu bleiben, sollte nicht zur Folge haben, anderen Kindern dafür umso mehr Nachteile zuzumuten. Deshalb hat **Tode** auch kein Verständnis dafür, dass unter den Eltern an der Schule Auf der Uhlenhorst offenbar völlig irrationale Ängste geschürt werden, so als ob die anstehenden Bauarbeiten einen Schulbetrieb unmöglich machen würden oder sogar Leib und Leben der Kinder gefährden könnten: „Bei allem Verständnis für den legitimen Einsatz für die eigenen Interessen, aber man sollte dabei nicht so sehr überziehen, dass ein Dialog mit Argumenten und gemeinsamen Lösungen nicht mehr möglich wird. Die Verantwortlichen sind als Beamte schließlich auf das Gemeinwohl verpflichtet, nicht nur auf die jeweiligen Eigeninteressen. Und wenn andere Teile der Elternschaft, die den Wunsch nach einer Stadtteilschule teilen und unterstützen, sich mittlerweile an ihrer Schule so eingeschüchtert fühlen, dass sie sich hilfeschend an uns wenden, ist das auch kein gutes Zeichen.“

Deshalb richtet die SPD an die protestierenden Eltern das Angebot zum Dialog und die Bitte um Verständnis: „Vielleicht wollen ja auch Ihre Kinder später einmal auf eine Stadtteilschule gehen? Dann sollten sie die Chance dazu haben, und zwar vor Ort in ihrem Lebensumfeld.“